

**EINGEGANGEN**  
26. Feb. 1992  
Erl.....

**CDU**  
Ortsverband  
Nackenheim

## Post-Frachtzentrum im Unterfeld

**Ja - zur Schaffung von 500 Arbeitsplätzen,**

**Ja - zur Ausweisung von Gewerbeflächen im Unterfeld und damit**

**Ja - zum Bau des Postfrachtzentrums!**

Aus Verantwortung für die wirtschaftliche Struktur unserer Region und zur Finanzierung der in Nackenheim anstehenden notwendigen und wichtigen Aufgaben, wie z.B. Dorfsanierung, Freizeit und Erholung, hat die CDU schon in ihrem Wahlprogramm zur Kommunalwahl 1989 ein nichtstörendes Gewerbegebiet im Unterfeld im Bereich zwischen der L 413 und der Bahnlinie gefordert.

An dieser Forderung der CDU scheiterten die Koalitionsverhandlungen mit der BLN, da die BLN keinen Quadratmeter Boden im Unterfeld für ein Gewerbegebiet akzeptieren wollte. Stattdessen hat die BLN in der Koalitionsvereinbarung mit der SPD (kein Gewerbegebiet im Unterfeld) die Wiederwahl von Günter Ollig ermöglicht.

Der Bau eines Post-Frachtzentrums weicht von den bisherigen Vorstellungen der CDU Nackenheim ab, da dieses Bauvorhaben als Einzelmaßnahme erheblich größere Dimensionen aufweist und keine Gewerbesteuer bringt. Deshalb sind an die Zustimmung der CDU Nackenheim zur Ansiedlung eines Post-Frachtzentrums folgende Bedingungen geknüpft:

1. Das Gelände für das Post-Frachtzentrum wird als Gewerbegebiet (GE-Gebiet) ausgewiesen. Eine Ausweisung als Industriegebiet (GI-Gebiet) erfolgt nicht. Damit wird sichergestellt, daß die höheren Anforderungen, die an ein GE-Gebiet gestellt werden, eingehalten werden.
2. Mit der Landesregierung ist zu vereinbaren, daß alle Maßnahmen unternommen werden, um den Bau der dringend erforderlichen Umgehungsstraße Richtung Lörzweiler/Gau-Bischofsheim in absehbarer Zeit zu verwirklichen.

3. In der Ortsdurchfahrt Nackenheim sind geschwindigkeitsdämpfende Maßnahmen einzubauen um den Durchgangsverkehr einzuschränken.
4. Die erforderlichen Ausgleichsflächen sind in den Gemarkungen Bodenheim und Nackenheim im Verhältnis der in den jeweiligen Gemarkungen gelegenen Gewerbeflächen auszuweisen. Denn die Gemeinde Nackenheim braucht selbst dringend Gelände um künftig notwendig werdende Ausgleichsflächen ausweisen zu können.
5. Die Post hat sich vertraglich zu verpflichten, daß der überregionale Verkehr - zumindest bis zum Bau der Umgehungsstraße - ausschließlich über die Autobahnen bzw. die B9 geführt wird.
6. Es sind geeignete Maßnahmen zum Schutz vor Lärm- und Lichtbelästigungen zu treffen.
7. Nichtstörende Gewerbebetriebe, insbesondere die der Versorgung, der Zulieferung und dem Service dienen (KFZ-Werkstätten, Tankanlagen, Beherbergungsbetriebe) sind in unmittelbarer Nähe des Postfrachtzentrums zu errichten. Dies ist auch erforderlich um weitere Verkehrsbelastungen zu vermeiden. Dieses Gewerbegebiet dient auch der kleingliedrigen Abgrenzung des Frachtzentrums gegenüber der Natur und der bebauten Ortslage.
8. Es muß sichergestellt sein, daß der Gemeinde Nackenheim keine Kosten entstehen.

Die CDU wird diese Forderungen im Gemeinderat als Antrag einbringen und zur Abstimmung stellen.

Wer über den Sinneswandel der SPD/BLN-Koalition verwundert ist, sollte wissen, daß nicht das Wohl und die Zukunft Nackenheims im Vordergrund des Handelns standen, sondern dies einzig und allein auf die Weisung der oberen SPD-Landesgenossen zurückgeht.

*Ich bin gegen eine Ansiedlung der Post. Was nützen schon 500 Arbeitsplätze, wenn auf der anderen Seite die umliegenden Anwohner durch die Tag und Nacht anfuhrenden Lastzüge belästigt werden. Die B9 ist ohnehin jetzt schon verstopft.*

*Ich bin dafür, daß Sie einen Wald anpflanzen, damit die Menschen nach Feierabend Erholung finden.*

*Mit freundlichen Grüßen*

*J. Frey*